

... dass erst im Medium der Links-rechts-Unterscheidung das Paradigma für den politischen Diskurs wirklich fassbar wird und so mit konkreten Gesellschaftsidealen und Identifikationsmöglichkeiten verknüpft wird. Das Paradigma bleibt gewissermaßen ein unanschaulicher »Code«, solange es nicht die Benutzeroberfläche der Links-rechts-Auseinandersetzung erreicht. Aber als Code wirkt es durch die Benutzeroberfläche hindurch.

Ich möchte im Folgenden die Sequenz der bisherigen politischen Paradigmen vor dem Hintergrund dieser Interpretationsfolie skizzieren (vgl. Abb. 5.2). Zentral ist dabei die Frage, aus welchen Gründen das korporatistische Regulierungsparadigma und das liberale Dynamisierungsparadigma in eine Krise geraten sind und was dies für die aktuelle Entwicklung bedeutet.

### *Der Aufstieg des sozial-korporatistischen Paradigmas*

Wie gesagt: Bis Mitte der 1970er Jahre dominiert in den westeuropäischen Ländern und in Nordamerika eine Denkweise das politische Handeln von links bis rechts, die man als sozial-korporatistisches Paradigma bezeichnen kann. In Westeuropa ist es eng mit dem Wiederaufbau der durch den Zweiten Weltkrieg destabilisierten Nationalstaaten verknüpft. Es wird getragen vom politischen Aufstieg der Sozialdemokratie einerseits, der Christdemokratie andererseits. Etwas anders ist der historische Kontext in den USA: Hier sind es die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise nach dem Börsencrash von 1929, die 1933 mit der Präsidentschaft von Franklin D. Roosevelt und seinem Programm des »New Deal« beantwortet werden, das sich zur wirkungsvollsten nationalen Version des sozial-korporatistischen

	Antwort auf sozio- ökonomische Probleme	Antwort auf soziokulturelle Probleme
1945 Sozial-korporatistisches Paradigma/Regulierungs- paradigma	Keynesianismus/ Wohlfahrtsstaat	»Volksheim«/»for- mierte Gesell- schaft«
1970 Überregulierungskrise		
1980 apertistischer Liberalis- mus/Dynamisierungs- paradigma	Neoliberalismus	Linksliberalismus
2010 Überdynamisierungskrise		
2020 Einbettender Liberalis- mus?	neue ökonomische Regulierung?	neue kulturelle Ordnungsbildung?

Abb. 5.2: Politische Paradigmen und gesellschaftliche Probleme im historischen Verlauf.

Paradigmas entwickeln sollte. In Westeuropa wird dieses Paradigma von Sozialdemokraten beispielhaft im skandinavischen Wohlfahrtsstaat und seinem kulturellen Modell des »Volksheims« und von Christdemokraten exemplarisch in der bundesdeutschen sozialen Marktwirtschaft und ihrer »formierten Gesellschaft« in die Tat umgesetzt.<sup>2</sup>

Den strukturellen Hintergrund des sozial-korporatistischen

<sup>2</sup> Zur besonderen Bedeutung der Christdemokratie hier vgl. Jan-Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013.



Paradigmas bilden eine voll entfaltete Industriegesellschaft sowie ein funktionsfähiger Nationalstaat als Steuerungsinstanz. Weitere Voraussetzungen sind eine die gesamte Gesellschaft umwälzende Urbanisierung sowie – auch verglichen mit den intensiven Migrationsbewegungen Anfang des 20. Jahrhunderts – eine vergleichsweise hohe kulturelle Homogenität der Bevölkerung. In diesem Rahmen ist das sozial-korporatistische Paradigma als Antwort auf die massiven Krisenerfahrungen der Industriegesellschaften der 1930er und 1940er Jahre zu verstehen, die sozioökonomische, soziokulturelle und demokratiepraktische Krisenmomente zugleich umfassten. Offenkundig wird dies auf der sozioökonomischen Ebene: Die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre verursachte einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine grassierende Verarmung weiter Bevölkerungskreise. Die damals erneut aufkommende Virulenz der »sozialen Frage« demonstrierte die Unfähigkeit eines wirtschaftspolitisch schwachen Staates. Zugleich war die kulturelle und demokratische Krise allgegenwärtig, die von den Zeitgenossen auch als eine »moralische Krise« interpretiert wurde: Der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft war mit einer normativen »Entleerung« des Sozialen verbunden, welche man mit Émile Durkheim als Zustand der Anomie umschreiben könnte. Ein Aspekt dieser Anomie war in einer – teilweise auch gewalttätigen – politischen Polarisierung zu suchen, wie sie weite Teile Europas in den 1930er Jahren kennzeichnete. In Deutschland mündete sie in den Systembruch, ins totalitäre System des Nationalsozialismus. Die kulturelle war so mit einer demokratiepraktischen Krise eng verbunden: Die liberalen Demokratien, die strukturell im 19. Jahrhundert wurzeln, gerieten überall in die Defensive und wurden durch kommunistische und faschistische Systemalternativen herausgefordert.

Vor diesem krisenhaften Hintergrund setzt sich nach Kriegsende das sozial-korporatistische Paradigma auf breiter Front als



eine Regierungsform durch, die verspricht (und dieses Versprechen auch einlöst), die sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse zu regulieren, sie in eine *Ordnung* zu bringen und dieser zu unterwerfen. Wie schon angedeutet, handelt es sich so im Kern um ein Regulierungsparadigma.<sup>3</sup> Sowohl die sozial- als auch die christdemokratischen Regierungspolitiken nach 1945 stellen sich als umfassende Systeme der sozialen Ordnungsbildung dar, in deren Zentrum ein aktiver Staat steht. Ihren markantesten Ausdruck findet diese Ordnungsbildung im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der (National-)Staat des sozial-korporatistischen Paradigmas nimmt sich als zentrale wirtschaftliche Steuerungsinstanz wahr, deren Aufgabe es ist, das kapitalistische System und seine immanenten Krisen zu bändigen und dessen Wohlstandsproduktion in der Bevölkerung gleichmäßig zu verteilen. Die antizyklische, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik nach Art von John Maynard Keynes – der »Keynesianismus« – stellt sich als ein wichtiges Instrument dar, um wirtschaftliche Prozesse zu planen und Marktversagen auszugleichen. Das Paradigma baut zudem einen umverteilenden Sozialstaat auf, welcher eine Versicherung gegen Risiken (Krankenkasse, Altersrente) leistet, den Arbeits- und Wohnungsmarkt reguliert sowie allgemeine Bildung und Infrastruktur zur Verfügung stellt. Die Sicherung vergleichbarer Lebensverhältnisse ist das Leitmotiv dieses Modells einer »Gesellschaft der Gleichen« (Pierre Rosanvallon).

Nicht übersehen werden darf jedoch, dass es dem sozial-korporatistischen Paradigma nicht nur um eine Antwort auf ökonomische Krisen geht, sondern um das umfassende Programm einer Gesellschaftsgestaltung, welche von einem starken Konzept des

3 Vgl. zum Folgenden Peter Wagner, *A Sociology of Modernity. Liberty and Discipline*, London u.a. 1994; Pierre Rosanvallon, *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg 2013; Bob Jessop, *The Future of the Capitalist State*, Cambridge u.a. 2002.



Sozialen ausgeht. Das Individuum existiert in diesem Verständnis in einem reziproken Verhältnis zur Gesellschaft, es erhält von dort Unterstützung und Schutz, hat aber auch selbst für die Gesellschaft etwas zu leisten; es steht gewissermaßen in der »Schuld« der Gesellschaft. Neben dem Staat sind im Rahmen dieses Paradigmas diverse *Korporationen* für die soziale Einbettung zuständig: Volksparteien, Gewerkschaften, Kirchen, Berufsverbände, Gemeinden, Schulen, Firmen mit Dauerbelegschaft etc. Im sozial-korporatistischen Paradigma soll gewissermaßen ein Stück Gemeinschaft in die Gesellschaft integriert werden, was im skandinavischen »Volksheim« ebenso prononciert deutlich wird wie in der westdeutschen »formierten Gesellschaft«. Das Ergebnis ist eine politisch aktiv geförderte nivellierte Mittelstandsgesellschaft, in der kulturelle Differenzen und Individualitäten, »abweichendes Verhalten« und meist auch ein Verstoß gegen die patriarchale Geschlechterordnung und deren Modell der Kleinfamilie unter Verdacht stehen. Demokratiepraktisch beruht das sozial-korporatistische Paradigma auf einem Modell, das Pluralismus, Grundrechtsgarantie und Skepsis gegenüber dem »Volkswillen« in eine Synthese bringt und damit den Grundriss einer repräsentativen Demokratie mit Massenbasis in starken Volksparteien und Verbänden forciert. Die Erfahrung des Faschismus mit seinen gewaltbereiten Massen einerseits, die Konfrontation mit dem antipluralistischen Staatssozialismus in Osteuropa andererseits wirken prägend für dieses Demokratiemodell der Nachkriegszeit.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Insgesamt ist die Wirkung der »Systemkonkurrenz« in dieser Phase nicht zu unterschätzen: Es besteht durchaus eine Wahlverwandtschaft zwischen dem westlich-redistributiven Wohlfahrtsstaat und dem Planungssozialismus des Ostens, denn beide setzen nach der Krise der alten bürgerlichen Ordnung auf eine umfassende sozioökonomische, kulturelle und politische Regulierung. Die westlichen Gesellschaften versuchen zu zeigen, dass liberale Demokratie, Kapitalismus und soziale Regulierung in eine fragile Balance gebracht werden können.